K-5-3490 Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: LAG Medien
Beschlussdatum: 17.02.2021

Änderungsantrag zu K-5

Von Zeile 768 bis 777:
~~Die Medien erfüllen durch Information und Unterhaltung eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Freie Medien sind Grundlage für Demokratie. Mit großer Sorge verfolgen wir die Angriffe, denen freie Medien verstärkt ausgesetzt sind. Wir stehen ein für Pressefreiheit und werden die Unabhängigkeit von Journalist*innen wahren und sichern. Gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgaben, die Breite der Gesellschaft abzubilden und Ort der offenen Debatte der Gesellschaft zu sein. Deshalb ist es wichtig, dass die jeweiligen Medienformate in ihrer Darstellung auch die Diversität der Gesellschaft widerspiegeln und adressieren. Um die Vielfalt und Teilhabe von unterrepräsentierten Gruppen im rbb zu erhöhen, wollen wir den Rundfunk-Staatsvertrag zusammen mit Brandenburg weiterentwickeln.~~

Wir wollen uns weiterhin für einen starken, inhaltlich und finanziell unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk einsetzen, sehen aber in der jetzigen Struktur des RBB Defizite in der Abbildung unserer längst deutlich vielfältigeren Gesellschaft.

Hier wollen wir einen Reformprozess im öffentlich-rechtlichen Rundfunk anstoßen, der letztlich auch die Akzeptanz der Bevölkerung zur Zahlung der Rundfunkabgabe weiter hoch halten könnte. Dazu wollen wir zukünftig das föderale System besser nutzen und die relevanten Berliner Akteur*innen stärker einbinden, um die entsprechenden Staatsverträge mitzugestalten.

Eine von politischer Einflussnahme freie und finanziell unabhängige Berichterstattung als Säule unserer demokratischen Gewaltenteilung ist für die Zukunft wichtiger denn je.

Begründung

Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch zwingende Rundfunkabgaben muss gesellschaftlich wieder breitere Akzeptanz finden. Zahlreiche zahlende Bevölkerungsgruppen, Zuschauer unter 60, Immigranten etc. finden sich nicht mehr im Angebot wieder.

Hier gilt es eine qualifizierte Balance der Diskussion zu etablieren, die zur Stärkung dieser wichtigen Säule unserer Demokratie beiträgt, aber dennoch Raum für Reformdiskussionen zulässt. Der RBB muss in die Lage versetzt werden, dichter an den kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Entwicklungen dran zu bleiben und die bunte Vielfalt und Diversität Berlins zukünftig zu berücksichtigen.

Die Politikferne in den Fernseh- und Rundfunkräten ist auf grüne Initiative hin längst auch vom Bundesverfassungsgericht angemahnt worden. Bündnis90/Die Grünen Berlin hat diese Praxis ohnehin jahrzehntelang angewandt. Mit diesem Antrag wollen wir das wieder umsetzen und unsere Koalitionspartner ebenso dazu auffordern.